



# HESSISCHER LANDTAG

03. 07. 2024

## Kleine Anfrage

**Volker Richter (AfD), Arno Enners (AfD), Sandra Weegels (AfD) und  
Gerhard Bärsch (AfD) vom 07.05.2024**

**Folgeanfrage zur Beantwortung der Kleinen Anfrage „Regierungserklärung von  
Herrn Ministerpräsident Rhein vom 24.01.2024“, Drucks. 21/66**

**und**

## **Antwort**

**Chef der Staatskanzlei**

### **Vorbemerkung Fragesteller:**

Aus der Beantwortung der o. g. Kleinen Anfrage geht hervor, dass Herr Ministerpräsident Rhein seine im Zuge der Regierungserklärung vom 24.01.2024 geäußerte Behauptung, der nach im Rahmen des sogenannten „Potsdamer Geheimtreffens“ ein „Geheimplan“ zur „Deportation“ mehrerer Millionen Menschen besprochen worden sei, lediglich „aufgrund eines investigativen Medienartikels“ als „journalistisch belegt“ angesehen habe. Dementsprechend habe er diese Behauptung im Vorfeld der Regierungserklärung nicht durch eine diesbezügliche Nachfrage bei jenen Mitgliedern seiner Partei zu verifizieren versucht, die an jenem „Geheimtreffen“ teilgenommen haben und eine solche Nachfrage auch nicht für erforderlich gehalten.

Diese Vorbemerkungen der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1 Wie bewertet Herr Ministerpräsident Rhein die o. g. im Zuge der Regierungserklärung vom 24.01.2024 getätigte Äußerung für den Fall, dass ein „Geheimplan“ zur „Deportation“ mehrerer Millionen Menschen im Rahmen dieses Treffens nachweislich nicht besprochen worden sein sollte und er insofern eine falsche Aussage getätigt hätte?
- Frage 2 Beabsichtigt Herr Ministerpräsident Rhein seine im Zuge der Regierungserklärung vom 24.01.2024 aufgestellte Behauptung, der nach im Rahmen des sogenannten „Potsdamer Geheimtreffens“ ein „Geheimplan“ zur „Deportation“ mehrerer Millionen Menschen besprochen worden sein soll, in Anbetracht ihrer objektiven Unrichtigkeit ggf. öffentlich zu korrigieren, und - falls nein: Aus welchen Gründen nicht?
- Frage 3 Beabsichtigt die Hessische Landesregierung eine negative Darstellung, die sich weder auf belegbare noch nachgewiesene Aussagen bezieht, künftig gegenüber der Opposition zu unterlassen?
- Frage 5 Ist die im Zuge der Regierungserklärung vom 24.02.2024 getätigte Aussage „Wer so denkt und wer so redet, den müssen wir und den werden wir stoppen“ dahingehend zu interpretieren, dass Herr Ministerpräsident Rhein exakt jene Personen zu stoppen gedenkt, die selbst falsche Aussagen, wie den Begriff „Deportation“ tätigen?

Die Fragen 1, 2, 3 und 5 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die Antwort der Kleinen Anfrage, Drucks. 21/66, verwiesen.

- Frage 4 Ist die im Zuge der Regierungserklärung vom 24.02.2024 getätigte Aussage „Wer so denkt und wer so redet, den müssen wir und den werden wir stoppen.“ dahingehend zu interpretieren, dass Herr Ministerpräsident Rhein auch jene Personen in den Reihen der CDU zu „stoppen“ beabsichtigt, die vermeintlich oder tatsächlich in der entsprechenden Form „denken“ oder „reden“?

Ja.

Wiesbaden, 1. Juli 2024

**Benedikt Kuhn**